

32.

ÖFFENTLICHE

SITZUNG

DES

GEMEINDERATES

DER

MARKTGEMEINDE RAINBACH

I.M.

OBERÖSTERREICH

ZEIT: Donnerstag, den 03. April 2014

ORT: Rainbach i.M., Prager Straße 5, Amtsgebäude
Sitzungssaal, 2. Stock

BEGINN: 20.00 Uhr

ENDE: 21.55 Uhr

VORSITZ: Bürgermeister Friedrich Stockinger

SCHRIFTFÜHRER: Otto Elmecker

ANWESEND: Vize-Bgm. Gerhard Pühringer
GV Richard Röbl
GV Mag. Gottfried Blumauer
GR Josef Ettlstorfer
GR Johann Rudlstorfer
GR Alois Elmecker
GR Andreas Friesenecker
GR Johann Wiesinger
GR Alois Aufreiter
GR Andreas Stumbauer
GR Andreas Reindl
GV Walter Pilgerstorfer
GR Tanja Biberhofer
GR Gottfried Pirklbauer
GR Dietmar Dienstl
GV Wolfgang Koller
GR Nina Hackl
GR Alois Affenzeller
GR Harald Zillhammer

ENTSCHULDIGT FERNGEBLIEBEN: GR Monika Böhm
GV Franz Stockinger
GR Herbert Deibl
GR Friedrich Blöchl
GR Martina Stumbauer
GRE Elisabeth Gebauer
GRE DI Dr. Peter Winklehner

ANWESENDE ERSATZMITGLIEDER: GRE Erwin Gruber
GRE Christian Blöchl
GRE Dietmar Greul
GRE Martin Blöchl

UNENTSCULDIGT:

Bürgermeister Friedrich Stockinger begrüßt die anwesenden Gemeinderats- und Ersatzmitglieder, den Schriftführer und die 16 Zuhörer und eröffnet die Sitzung um 20.00 Uhr.

Der Vorsitzende stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm am 27.03.2014 einberufen wurde
- b) die Verständigung gemäß dem vorliegenden Einberufungsnachweis an alle Mitglieder des Gemeinderates erfolgt ist und am gleichen Tage durch Anschlag an der Amtstafel kundgemacht wurde und
- c) der Gemeinderat beschlussfähig ist, nachdem weitere 23 Gemeinderatsmitglieder anwesend sind.

Das Protokoll der 31. Gemeinderatssitzung vom 13. März 2014 wurde den Fraktionen am 03.04.2014 ausgehändigt (per E-Mail).

Der Vorsitzende gibt weiters die Tagesordnung bekannt. Einwendungen gegen die Tagesordnung wurden keine vorgebracht und es wird mit der Tagesordnung fortgefahren.

**Punkt 286) Bericht über die Prüfung der Gemeindegebarung durch den örtlichen Prüfungsausschuss am 18.03.2014;
Az.: 004/1-2014**

Bürgermeister Friedrich Stockinger gibt den Einführungsbericht. Der Prüfungsausschuss hat sich in der Sitzung am 18. März 2014 mit dem Rechnungsabschluss 2013 - Gemeinde und KG - sowie mit der Verrechnung der Bauhofleistungen befasst. Das Ergebnis dieser Prüfung ist in der beiliegenden Niederschrift (vom 18.03.2014) festgehalten.

GR Dietmar Dienstl

verliest vollinhaltlich den Prüfbericht über die Prüfung des Rechnungsabschlusses 2013 – Gemeinde und KG - sowie die Verrechnung der Bauhofleistungen.

Er stellt den **Antrag**, den Bericht über die Prüfungsergebnisse zu genehmigen.

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat beschließt mit Handzeichen antrags- und berichtsgemäß den Bericht über die Prüfung der Gemeindegebarung vom 18.03.2014 zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 287) Haushalts-, Kassen- und Vermögensrechnung 2013 – Genehmigung –

- a) **Marktgemeinde Rainbach i.M.**
- b) **Verein zur Förderung der Infrastruktur der Marktgemeinde Rainbach i.M. & CoKG;**

Az.: 903/1-2014

Bürgermeister Friedrich Stockinger
übergibt den Vorsitz an Vize-Bgmst. Gerhard Pühringer.

Vize-Bgmst. Gerhard Pühringer
übernimmt den Vorsitz und ersucht den Gemeindegeldkassenführer Robert Traxler um den
Vortrag der Kassen-, Haushalts- und Vermögensrechnung 2013 in gewohnter Weise.

Kassenführer Robert Traxler

bringt die Abschlussergebnisse vom ordentlichen und außerordentlichen Haushalt, die
Haushaltsüberschreitungen, Mehr- und Mindereinnahmen/ausgaben, den Voranschlags-
vergleich, die Vermögenszu- und -abgänge und die Schuldennachweisung - der Gemeinde
und der KG - vollinhaltlich zum Vortrage.

Der Rechnungsabschluss konnte im Jahr 2013 wieder ausgeglichen erstellt werden.

Die Gemeinderatsmitglieder wurden mit einem Kurzauszug der Jahresrechnung 2013 beteiligt.
Eine Gesamtausfertigung - Gemeinde und KG - ist an die Prüfungsausschussmitglieder,
Fraktionsobmänner und die Mitglieder der SPÖ-Gemeinderatsfraktion ergangen.

Vize-Bgmst. Gerhard Pühringer

bedankt sich bei Kassenführer Robert Traxler für den ausführlichen Bericht.

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Gemäß § 92 der OÖ Gemeindeordnung hat der Bürgermeister nach Abschluss jedes
Haushaltsjahres über die gesamte Gebarung der Gemeinde den Rechnungsabschluss zu
erstellen und diesen dem Gemeinderat vorzulegen. Der Rechnungsabschluss wurde durch
zwei Wochen am Gemeindeamt während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht
aufgelegt, und er wurde auch fristgerecht kundgemacht. Erinnerungen oder Einsprüche
wurden nicht eingebracht. Der örtliche Prüfungsausschuss hat den Rechnungsabschluss am
18. März 2014 überprüft. Darüber wurde durch den Prüfungsausschussobmann bereits
berichtet, ein Protokoll über das Ergebnis liegt schriftlich vor. Im Laufe des ganzen Jahres
wurde jede Ausgabe gründlich überlegt. Das Jahr 2013 gestaltete sich finanziell wieder gut
und es konnte auch wieder ein Haushaltsausgleich erreicht werden. Die Einnahmen und
Ausgaben im Ordentlichen Haushalt betragen € 4.862.530,41. Die Veränderungen ergeben
sich im Wesentlichen aus Mehreinnahmen bei Straßenanliegerbeiträgen, Eigenleistungen,
Anschlussgebühren bei Wasser, BAV Altstofflösen, Grundsteuer, Kommunalsteuer,
Ertragsanteilen und Mindereinnahmen beim Landeszuschuss E-Gem-Projekt; Mehrausgaben
bei Miete Feuerwehrhaus Summerau, Schule KG, Zuführungen AOH und Minderausgaben
bei Darlehenstilgung ABA BA 06.

Somit schließt der Ordentliche Haushalt

mit Einnahmen von	€4.862.530,41
<u>und Ausgaben von</u>	<u>€4.862.530,41</u>
+ / -	€ 0,00

Im Außerordentlichen Haushalt betragen

die Einnahmen	€1.959.838,49
<u>und die Ausgaben</u>	<u>€2.016.650,26</u>
das ergibt einen Abgang von	€ - 56.811,77

Der Abgang setzt sich aus folgenden Vorhaben zusammen: Katastrophenschäden, Hochwasserschutz Kerschbaum, Pferdeisenbahnhof, WVA BA 08 Brunnenbau und ABA BA 06. Einen Überschuss gibt es beim Straßenbau VIII, Ankauf Unitrac und der Erneuerung der Straßenbeleuchtung.

Der Schuldenstand zum 31.12.2013 beträgt €7.735.287,61. Der Schuldenstand ergibt sich fast zur Gänze aus Darlehen für den Wasser- und Kanalbau.

Zum Rechnungsabschluss der „Gemeinde KG“ wird berichtet, dass die Einnahmen und Ausgaben des O HH € 77.007,72 betragen. Der Rechnungsabschluss konnte somit ausgeglichen erstellt werden.

Im AO HH betragen die Einnahmen €3.779.095,83 und die Ausgaben €3.245.380,55. Er weist somit einen Überschuss in der Höhe von €533.715,28 auf.

Der Schuldenstand der KG zum 31.12.2013 erhöhte sich von anfänglich € 837.996,98 auf €3.928.020,13.

Die Gebarung wurde stets unter Berücksichtigung der Ordnungsmäßigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit aufgrund der gefassten Beschlüsse geführt.

Ich stelle daher den **Antrag**, der Gemeinderat möge

- a) den vorliegenden Rechnungsabschluss der Gemeinde und
- b) den vorliegenden Rechnungsabschluss der KG

für das Jahr 2013 genehmigen.

Ich darf mich beim Gemeinderat, den Parteien, dem Prüfungsausschuss, den Gemeindebediensteten, beim Kassensführer und beim Amtsleiter für das Verständnis und die gute Zusammenarbeit bedanken.

Vize-Bgmst. Gerhard Pühringer

Gibt es dazu Wortmeldungen?

GV Wolfgang Koller

Wie sieht es mit dem Schuldenstand aus? Beim letzten Rechnungsabschluss wurde auch versichert, dass dieser verringert werden kann. Mit dem Darlehen, das nun aufzunehmen ist, haben wir beinahe einen Stand von € 8 Mio erreicht. Dies bereitet mir ein etwas Kopfzerbrechen.

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Beim Kanalbau läuft der Beobachtungszeitraum aus. Wir möchten heuer die Teilung in Schmutz- und Reinwasserkanal noch in Angriff nehmen, da wir dafür noch 40 % Förderung erhalten. Im nächsten Jahr beträgt die Förderung nur noch 8 %. Dies war der Hauptgrund, warum wir heuer noch diese Projekte mit Rückhaltebecken im Sonnenhang in Angriff nehmen. Dies wird wiederum die Aufnahme eines Darlehens mit sich bringen.

Beim jetzigen Zinsendienst brauchen wir uns keine allzu großen Sorgen machen. In einer Hochzinsphase würde die Sache anders aussehen.

Das Land OÖ besteht darauf, dass Wasser, Kanal und Müll kostendeckend geführt werden. Sollte sich eine Änderung beim Zinsendienst ergeben, wären die Gebühren zu erhöhen.

Eine gut funktionierende Wasserversorgung und Abwasserentsorgung hat oberste Priorität.

Kassenführer Robert Traxler

Etwas mehr als €1 Mio. davon machen die Investitionsdarlehen des Landes aus. Wenn die Schuldenabschreibung wieder wie in den Vorjahren möglich ist, hätten wir voraussichtlich in etwa 4 Jahren um ca. €1 Mio. weniger Schulden.

GR Alois Aufreiter

Unter Bürgermeister Schimpl waren wir auch immer im Bereich von etwas unter 100 Mio. ATS. Wenn wir dies jetzt auf Euro umrechnen und vergleichen, so sind wir jetzt gerade etwas darüber. Umgelegt auf die Kaufkraft ist das Schuldeniveau gesunken.

GV Walter Pilgerstorfer

Wurde das Darlehen der KG über € 533.000,-- ausgeschrieben oder wird dies über einen Kassenkredit abgewickelt?

Kassenführer Robert Traxler

Dies wurde aus dem Topf des laufenden Darlehen bezogen, es erfolgte keine zusätzliche Darlehensaufnahme und auch nicht über den Kassenkredit.

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat beschließt mit Handzeichen einstimmig antrags- und berichtsgemäß die Kassen-, Haushalts- und Vermögensrechnung 2013

zu a) der Marktgemeinde Rainbach i.M.

zu b) der Verein zur Förderung der Infrastruktur der Marktgemeinde Rainbach i.M. & CoKG;

wie folgt zu genehmigen:

a) GEMEINDE:

Ordentlicher Haushalt:

Soll-Einnahmen €4.862.530,41

Soll-Ausgaben €4.862.530,41

Überschuss/Abgang € 0,00

Außerordentlicher Haushalt:

Soll-Einnahmen €1.959.838,49

Soll-Ausgaben €2.016.650,26

Soll-Fehlbetrag € 56.811,77

b) KG:

Ordentlicher Haushalt:

Einnahmen €77.007,72

Ausgaben €77.007,72

Überschuss/Abgang €0,00

außerordentlicher Haushalt:

Einnahmen	€3.779.095,83
<u>Ausgaben</u>	<u>€3.245.380,55</u>
Überschuss/Abgang	€ 533.715,28

Die ausgewiesenen Haushaltsüber- und –unterschreitungen, die Vermögens- und Schuldennachweisung werden zur Kenntnis genommen und genehmigt.

Vize-Bgmst. Gerhard Pühringer

bedankt sich beim Kassensführer für den Vortrag und übergibt den Vorsitz wieder an Bürgermeister Stockinger.

Bürgermeister Friedrich Stockinger

übernimmt wieder den Vorsitz. Er bedankt sich beim Kassensführer, Amtsleiter und den Gemeindebediensteten für die geleistete Arbeit. Es steckt sehr viel Arbeit und Genauigkeit dahinter.

**Punkt 288) „Junges Wohnen in Rainbach i.M.“ – Förderung von Startwohnungen;
Beratung und Beschlussfassung;
Az.: 489/2014**

Bürgermeister Friedrich Stockinger

gibt den Einführungsbericht. Beim Thema „Junges Wohnen in Rainbach i.M.“ handelt es sich um eine Vorfinanzierung der Wohnungskautions für Mietwohnungen von „Jungbürgern“. Vergleichbar mit einem Bezugsvorschuss eines Arbeitgebers.

Der Jugendausschuss hat in seiner Sitzung am 26.11.2013 über gegenständliche Förderung von Startwohnungen beraten. Folgende Richtlinien werden zur Beschlussfassung vorgeschlagen:

- Kautionsobergrenze €3.000,--
- Tilgung soll innerhalb von 3 Jahren erfolgen
- Bankgarantie obligatorisch
- maximales Alter bei Antragstellung – 28 Jahre
- Einkommensobergrenze bei Einzelverdiener €30.000,-- / Doppelverdiener €50.000,--
- Genehmigung durch den Gemeindevorstand

GV Walter Pilgerstorfer

Wir haben uns vor einiger Zeit im Jugendausschuss damit beschäftigt, eine Möglichkeit zu schaffen, damit die Jungbürger in Rainbach bleiben und sich in unserer Gemeinde eine Wohnung nehmen.

Weiters haben wir uns damit auseinandergesetzt, welche Hürden für Jugendliche bei der Wohnungssuche hauptsächlich bestehen.

Die Vertreter der Sozialistischen Jugend und der JVP wurden zu dieser Sitzung eingeladen. Dieses Projekt besteht bereits in einigen Gemeinden unseres Bezirkes. Es handelt sich um

einen rückzahlbaren Vorschuss für die Hinterlegung der Wohnungskautions. Die festgelegten Richtlinien werden kurz besprochen.

Nach Vorlage der erforderlichen Unterlagen – mit Bestätigung über die Höhe der erforderlichen Kautions, soll im Gemeindevorstand eine Beschlussfassung erfolgen. In Schwertberg haben diese Förderung im ersten Jahr 3 Antragsteller beantragt, und jetzt pro Jahr 1-2 Antragsteller.

Ich stelle den **Antrag** auf Einführung und Beschlussfassung der Förderung von Startwohnungen - „Junges Wohnen in Rainbach i.M.“ – und bitte den Gemeinderat um Zustimmung

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Die Einkommensobergrenze erscheint mir relativ hoch. Wichtig ist, dass der Gemeindevorstand für die erforderliche Genehmigung zuständig ist, damit die Familienverhältnisse mit betrachtet werden können – ob die Eltern in der Lage wären, das Kind zu unterstützen. Es handelt sich um eine günstige Zwischenfinanzierung.

Es gibt sehr häufig Wohnungswerber, z.B. geschiedene bzw. alleinstehende Frauen mit Kindern, die eine Wohnung suchen und nicht wissen, wie sie die Kautions finanzieren sollen. Unabhängig von dieser Regelung „Junges Wohnen“ muss es auch eine Möglichkeit geben, solche Personen dementsprechend zu unterstützen.

GR Alois Affenzeller

Bei der Angabe des Alters ist mir noch etwas unklar. Ist eine Begrenzung der Anzahl der maximal möglichen Antragsteller angedacht? Beim Jugendtaxi war eine Begrenzung vorgesehen.

GV Walter Pilgerstorfer

Das Alter des Antragstellers darf höchstes 28 Jahre sein. Eine Begrenzung der Anzahl ist nicht vorgesehen. Diese Förderung muss im Budget vorgesehen werden. Wenn es für die Finanzierung keine Möglichkeit mehr gibt, können wir auch die Förderungen nicht mehr genehmigen.

Die Begrenzung bei den Taxigutscheinen kam nicht zum Tragen.

GR Alois Elmecker

Im Ausschuss wurde diese Förderung so besprochen. Der GV soll jedoch schlussendlich darüber entscheiden, ob die Förderung genehmigt werden kann. Auch soll er entscheiden, ob in dem jeweiligen Jahr noch eine Förderung möglich ist.

GV Walter Pilgerstorfer

Es wurde auch darüber diskutiert, ob die Bankgarantie verlangt werden soll. Es wird sich vielleicht das Problem ergeben, dass jene Personen, die die Förderung benötigen, die Bankgarantie nicht bekommen. Wir sind jedoch zu dem Ergebnis gekommen, dass es für die Gemeinde wichtig ist, dass die Förderung auch tatsächlich zurück bezahlt werden kann.

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat beschließt mit Handzeichen einstimmig antrags- und berichtsgemäß die Einführung der Förderung von Startwohnungen „Junges Wohnen in Rainbach i.M.“ gemäß nachstehender Richtlinien:

- **Kautionsobergrenze €3.000,--**
- **Tilgung soll innerhalb von 3 Jahren erfolgen**

- **Bankgarantie wird verlangt**
- **maximales Alter bei Antragstellung – 28 Jahre**
- **Einkommensobergrenze bei Einzelverdiener €30.000,-- / Doppelverdiener €50.000,-- brutto**
- **Genehmigung durch den Gemeindevorstand**

Punkt 289) Abbruch Traxler-Haus – Beratung und Beschlussfassung;
Az.: 921/2014

Bürgermeister Friedrich Stockinger

gibt den Einführungsbericht. Der Bauausschuss hat in seiner Sitzung am 03.02.2014 über die weitere Vorgehensweise beim „Traxler-Haus“ beraten. Der Bauausschuss kam zu folgendem Ergebnis:

Auf Grund des zunehmenden Verfalles soll das Gebäude abgerissen werden. Die nördliche Außenwand könnte stehen bleiben und als Abgrenzung (Sicht- und Lärmschutz) integriert werden. Der südliche Bereich könnte als Parkfläche vorgesehen werden. Auf eine möglichst kostengünstige Umsetzung ist zu achten, bis in einigen Jahren das bereits erarbeitete Konzept „Marktplatzgestaltung“ umgesetzt werden kann. Das „Traxler-Haus“ soll bereits mit Herbst 2014 abgetragen werden. Über den Sommer können Gestaltungsideen eingebracht werden.

GR Johann Rudlstorfer

Dieses Thema wurde im Bauausschuss bereits einige Male behandelt. Der Bauausschuss soll mit dem Ortsplaner in der Zwischenzeit eine kostengünstige Ideenfindung machen. Der gesamte Bauausschuss ist für den Abriss und ich stelle daher den **Antrag** auf Beschlussfassung des Abbruches des Traxler-Hauses.

GV Wolfgang Koller

Ich war bereits vor einigen Jahren für den Abbruch des Traxler-Hauses. Damals wurde der Stall noch eingedeckt, da er als schützenswert gegolten hat.

Die anfallenden Kosten hätten wir uns sparen können, wenn der Abriss gleich durchgeführt worden wäre. Ich bin froh, dass das Haus jetzt endlich abgerissen wird, möchte jedoch festhalten, dass ich für den gesamten Abriss bin. Es sollten nicht wieder Teile stehen bleiben und Kosten dafür anfallen, die zu einem späteren Zeitpunkt schlussendlich doch wieder abgerissen werden. Es wird eine Baulücke geben, vielleicht kann eine andere Lösung gefunden werden.

GR Johann Rudlstorfer

Es war nur angedacht, einen Teil der Mauer als Niveauausgleich stehen zu lassen. Dies muss jedoch vorher noch im Bauausschuss gemeinsam mit dem Ortsplaner ausgesprochen werden. Dies wäre die billigste und einfachste Lösung.

GR Harald Zillhammer

Ich war bei der Bauausschuss-Sitzung ebenfalls anwesend. Im Bauausschuss wurde über eine Abgrenzung auf Höhe der Nordwand beraten.

Es wurde im Bauausschuss nicht beschlossen, dass ein Teil der Mauer stehen bleiben soll, sondern eine Abgrenzung errichtet werden soll – z.B. mit den Säulen des Rossstalles und einer Bepflanzung, dazwischen Schautafeln, Bänke.

GV Wolfgang Koller

Im Amtsvortrag ist jedoch enthalten, dass ein Teil der Mauer stehen bleiben soll.

GR Harald Zillhammer

Ich bin im Ausschuss nicht stimmberechtigt, sondern nur beratendes Mitglied. Ich kann mich an die Errichtung einer Abgrenzung erinnern, nicht jedoch an das Stehenlassen eines Teiles der Mauer.

GR Johann Rudlstorfer

Die Sache muss mit dem Ortsplaner noch besprochen werden. Ich möchte, dass dies vor dem Abriss ausgesprochen wird.

GR Alois Elmecker

Mein Sohn macht die HTL 1 in Linz. Es werden Bewerbe für Ortsraumgestaltung oder den Bau von Kindergärten ausgeschrieben und Projekte für Planungen gesucht. Architekt Böhm ist Lehrer an dieser Schule. Vielleicht könnten die Schüler bei der Ideenfindung mit einbezogen werden. Die Maturaklassen machen unverbindliche Projekte. Die Gemeinden können selber über die Verwirklichung entscheiden.

GV Wolfgang Koller

Ich finde es als sehr gute Idee. Wenn der restliche Gemeinderat ebenfalls einverstanden ist, nehmen wir dies in den Beschluss auf und du stellst uns den Kontakt her.

GR Alois Elmecker

Kontakt mit Architekt DI Böhm sollte aufgenommen werden.

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Natürlich wird der Verschönerungsverein bei der Gestaltung mit einbezogen. Über den Abbruch des Traxler-Hauses gibt es sehr unterschiedliche Meinungen. Es gibt namhafte Architekten, die den vorzeitigen Abbruch als Schwachsinn sehen. Wir haben uns jedoch für den Abbruch entschieden. Es wird eine völlige Veränderung des Ortsbildes stattfinden. Eine kostengünstige Lösung muss gefunden werden. Momentan ist kein Geld für eine Ortsplatzgestaltung vorhanden.

Der Gemeinderat muss über den Abbruch beschließen und die Entscheidung wird auch akzeptiert.

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat beschließt mit Handzeichen einstimmig antrags- und berichtsgemäß den Abbruch des Traxler-Hauses und die Kontaktaufnahme mit der HTL1 in Linz sowie dem Architekten DI Böhm, um im Zuge eines Maturaprojektes eine Lösung zu erarbeiten.

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Im Traxler-Haus sind noch die Sachen des Sportvereines für den Flohmarkt im Herbst gelagert. Weiters sind auch die Betten des SMB und Exponate des Wäschepflegemuseums gelagert. Für diese Exponate und die Betten des SMB muss bis Herbst noch ein neuer Lagerplatz gefunden werden.

**Punkt 290) Ankauf „Pfleger-Haus“, Kerschbaum 63, Rainbach i.M. -
Grundsatzbeschluss;
Az.: 921/2014**

Bürgermeister Friedrich Stockinger

gibt den Einführungsbericht. Die Marktgemeinde Rainbach i.M. hat mit Schreiben vom 03.01.2014 Herrn Josef Pfleger ein Kaufangebot – vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen Gemeindeorgane - für die Liegenschaft Kerschbaum 63 unterbreitet. Die Liegenschaft Baufläche .127/5 und das dazugehörige Grundstück Nr. 493/3 verfügen über eine Gesamtfläche von 1.392 m². Eine Liegenschaftsbewertung der Real-Treuhand Immobilien Vertriebs GmbH liegt vor – der Verkehrswert wird mit € 18.000,- angegeben. Am 13.1.2014 hat Herr Pfleger bezüglich des Kaufangebotes mitgeteilt, dass er dem vorgeschlagenen Preis von € 18.000,- zustimmen würde. Er benötigt die Einrichtung nicht mehr, hinsichtlich des Inventars sollen noch Gespräche geführt werden.

Die Gemeinde hätte nun die Chance, einen Platz für weitere Konzepte zur Pferdeeisenbahn (Schmiede, Kinderspielplatz) zu erwerben. Im Falle des Erwerbs durch andere Personen könnte es zu Konfliktsituationen mit dem Pferdeeisenbahnbetrieb kommen, was im Falle des Erwerbes durch die Gemeinde nicht möglich ist. Die Finanzierung wäre aus dem Gemeindebudget möglich.

Der Bauausschuss hat sich in seiner Sitzung am 03.02.2014 für den Ankauf der Liegenschaft ausgesprochen.

GR Johann Rudlstorfer

Das Haus selber ist nichts mehr wert, der Ankauf der Grundfläche wäre nun zu einem vernünftigen Preis möglich.

Er stellt den **Antrag** auf Grundsatzbeschlussfassung für den Ankauf des Pfleger-Hauses, Kerschbaum 63, Rainbach i.M.

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Auch ein Kanalanschluss ist vorhanden.

GV Wolfgang Koller

Ist im neuen Projekt eine Abtragung des Gebäudes vorgesehen oder wird es in Zukunft für den Betrieb des Pferdeeisenbahn-Museums benötigt?

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Es könnte sein, dass eine Schmiede eingebaut wird. Es wurde jedoch noch nichts Konkretes besprochen, ob ein Rückbau auf ein altes Stationsgebäude oder eine Verwendung stattfinden soll.

GV Wolfgang Koller

Von welchem Zeitraum sprechen wir – Beginn 2015-2016?

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Dieses Projekt wird in den nächsten Jahren umgesetzt. Wahrscheinlich in der nächsten Leader-Periode. Ich kann jedoch noch nichts Genaues sagen, da noch keine Vorstandssitzung stattgefunden hat.

Vize-Bgmst. Gerhard Pühringer

Für die Weiterentwicklung der Pferdeisenbahn ist der Erwerb dieses Grundstückes sinnvoll. Die Steigerung der Attraktivität auch für Vereine ist daran gescheitert, da keine Ausbaumöglichkeit vorhanden war. Es handelt sich um eine gute und auch tragbare Lösung.

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat beschließt mit Handzeichen einstimmig antrags- und berichtsgemäß den Grundsatzbeschluss für den Ankauf des „Pfleger-Hauses“, Kerschbaum 63, Rainbach i.M.

**Punkt 291) ABA Rainbach i.M., BA 10 + WVA Rainbach i.M. – Auftragsvergabe der Erd-, Baumeister-, Rohrlieferungs- und Rohrlegearbeiten an die Billigstbieterfirma – Anbotöffnung vom 27.03.2014;
Az.: 713/1-2014**

Bürgermeister Friedrich Stockinger

gibt den Einführungsbericht. Wir haben jetzt den letzten Kanalbauabschnitt in Angriff genommen. Das Thema Reinwasserkanal war früher nicht immer gegeben, da es zu teuer war. Im Nachhinein hat sich jedoch herausgestellt, dass die Trennung in Abwasser- und Reinwasserkanal erforderlich ist.

Die Kläranlagen haben früher für die Klärung der Abwässer noch mehr Reinwasser benötigt. Das Reinwasser soll nicht in den Kanälen abgeleitet werden, da dies im südlichen Bereich des Mühlviertels zu Überflutungen führen kann. Im Hauptschulbereich muss ziemlich viel Wasser gepumpt werden, welches wiederum beim Blumauer und einigen anderen Häusern zu Überflutungen geführt hat.

Der letzte Kanalbauabschnitt beinhaltet Kreuzfeld in Summerau, Rückhaltbecken für den Bereich der Schule und ein weiteres für den Bereich Sonnenhang und eventuelle Erweiterungen. Wie bereits vorhin erwähnt, können wir heuer noch eine 40 %-ige Förderung lukrieren.

Amtsleiter Otto Elmecker

Folgende Angebote wurden abgegeben:

Fa. Fürholzer, Arbing	€554.192,54 netto
Fa. Swietelsky, Taufkirchen	€609.675,09 netto
Fa. Leyrer + Graf, Linz	€579.123,97 netto
Fa. Sekisui SPR	€596.359,38 netto
Fa. Zaussinger, Wartberg	€527.500,00 netto
Fa. Teerag Asdag, Linz	€551.393,49 netto

Der Projektant hat die Angebots-Summen überprüft. Die Billigstbieter ist Firma Zaussinger mit einer Angebotssumme von €527.500,00 netto.

Bürgermeister Friedrich Stockinger
stellt den **Antrag** auf Auftragsvergabe für Erd-, Baumeister-, Rohrlieferungs- und Rohrlegearbeiten an den Billigstbieter Firma Zaussinger mit einer Auftragssumme von €527.500,-- netto.

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat beschließt mit Handzeichen einstimmig antrags- und berichtsgemäß die Auftragserteilung für Erd-, Baumeister-, Rohrlieferungs- und Rohrlegearbeiten an den Billigstbieter Firma Zaussinger mit einer Auftragssumme von € 527.500,-- netto – laut Anboteröffnung vom 27.3.2014.

Punkt 292) Gemeindekindergarten Rainbach i.M. – Beschlussfassung

a) Brandschutzordnung

b) Kinderbetreuungseinrichtungsordnung – gültig ab 01.09.2014

Az.: 483/2014

Bürgermeister Friedrich Stockinger
gibt den Einführungsbericht. Von der Kindergartenleiterin Maria Ganhör wurden die Brandschutzordnung und die Kinderbetreuungseinrichtungsordnung überarbeitet und angepasst. Beide Verordnungen sind vom Gemeinderat zu beschließen.

Amtsleiter Otto Elmecker
gibt ergänzende Erklärungen dazu. Die Fraktionen wurden mit einer Kopienausfertigung beteiligt. Diese Kinderbetreuungseinrichtungsordnung wurde vom Land OÖ vorgegeben und von der Kindergartenleiterin für unseren Kindergarten adaptiert.

GR Alois Elmecker
stellt den **Antrag** zu

a) Beschlussfassung Brandschutzordnung und

b) Beschlussfassung der Kinderbetreuungseinrichtungsordnung – gültig ab 01.09.2014.

Bürgermeister Friedrich Stockinger
Eine Bedarfserhebung muss durchgeführt werden. Wenn sich der Bedarf ändert, z.B. die Anpassung der Öffnungszeiten, ist ein neuerlicher Beschluss zu fassen.

GR Alois Affenzeller

Wird dies jährlich zu Beschließen sein, da die Regelung der Ferien in dieser Ordnung enthalten ist?

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Dies wird der Fall sein.

Wir haben für das kommende Jahr 87 Anmeldungen, 84 Plätze stehen zur Verfügung. Wir haben somit keinen Platz und die 3 Kinder aus Eibenstein können in Reichenthal den Kindergarten besuchen.

a) B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat beschließt mit Handzeichen einstimmig antrags- und berichtsgemäß die Brandschutzordnung für den Gemeindekindergarten Rainbach i.M.

b) Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit Handzeichen einstimmig antrags- und berichtsgemäß die Kinderbetreuungseinrichtungsordnung – gültig ab 01.09.2014.

Punkt 293) Gemeinderatsklausur 2014 – Berichtgebung;**Az.: 662/2014**

Bürgermeister Friedrich Stockinger

gibt den Einführungsbericht. Wie in der Gemeindezeitung angekündigt hat sich der Gemeinderat zur Klausur von 15.00 -20.00 Uhr unter der Arbeitsmoderation von Ing. Mag. Wolfgang Schmidhuber zurückgezogen. Vorab wurden in den vergangenen Wochen Meinungen von Bürgern eingeholt.

In dieser Sitzung wurde ein Maßnahmenkatalog erarbeitet. Die Aufgabe für die Klausur war „Umgang mit der Entscheidung der ASFINAG über die S 10 Trasse“. Das Ziel war die Definition der nächsten Schritte des Gemeinderates, um eine aktive Rolle in der Kommunikation und Entscheidung rund um die Trassenführung der S 10 zu übernehmen.

Der Gemeinderat will eine aktive Rolle übernehmen und aktiv in das Geschehen S 10 eingreifen. Der Gemeinderat, Bürgermeister und Marktgemeindeamt haben einige Aufträge erhalten:

- Der Gemeinderat wird eine detaillierte Begründung der ASFINAG zur Trassenentscheidung West einfordern, da noch einige Details fehlen.
- Ein Arbeitskreis soll gebildet werden, der sich besonders um das Thema S 10 annehmen soll. Im Bauausschuss wird über die Anzahl der Mitglieder, wie der Arbeitskreis zusammen gesetzt sein soll, wie ausgeschrieben werden soll usw. beraten - bis 31.5.2014.
- Veranlassung Datenerhebung für einen Halb- und Vollanschluss in den nächsten Tagen. Wir werden dazu vom Land OÖ und der ASFINAG Analysen über Verkehrsströme anfordern (Wie wirkt sich ein Halb- oder Vollanschluss in der Kranklau, Summerauer Straße, Summerau und Rainbach auf die Verkehrsströme aus). Auch beim Südabschnitt wurde dies erhoben.
- Das Thema Grundwasser hat auch in der Klausur eine sehr wesentliche Rolle gespielt. Daher sollte mit Mag. Graspon und Dr. Spendlingwimmer Kontakt aufgenommen werden.
- Organisation von regelmäßigen Informationsveranstaltungen durch die Gemeinde unter Einbindung der ASFINAG und des Landes OÖ. Die Gemeinde Lasberg hat dies auch so praktiziert.
- Regelmäßige Einholung von Infos über den Planungsfortschritt der ASFINAG und des Landes OÖ einfordern und Bericht darüber in der Gemeindezeitung und Homepage.
- Organisation einer öffentlichen Infoveranstaltung mit der Wasserfachabteilung des Landes OÖ – Auswirkung auf das Grundwasser durch die Trassen Ost, Mitte bzw. West
- Aufforderung der ASFINAG zur Einleitung eines Flurbereinigungsverfahrens in der Planungsphase und Übernahme der Kosten dafür
- Einholung einer Stellungnahme der ASFINAG über eine mögliche Führung der Trasse West entlang der Eisenbahn bis zur Staatsgrenze – Anregung von Bürgern der Marktgemeinde Rainbach

- Infoblock auf Homepage erstellen und aktualisieren. Auf der Homepage sollte laufend über den aktuellen Stand und die Chronik informiert werden.
- Wunsch nach Regelung der Kooperation mit der Bürgerbewegung – Aufgabe des Bürgermeisters
- Begleitung durch einen externen Moderator, wie bei den früheren Planungen. Dieser soll neutrale Ansprechperson und Vermittler in Konfliktsituationen fungieren.
Bei den früheren Planungen wurde dies von Institut Retzl übernommen.

Dieser Maßnahmenkatalog wurde vom Gemeinderat erarbeitet und es wurde bei der Klausur vereinbart, dass Wortmeldungen der einzelnen Gemeindevertreter nicht nach außen dringen, sondern nur das Ergebnis präsentiert werden soll.

Sollen die jeweiligen Gruppensprecher beauftragt werden, die angefertigten Plakate kurz anzusprechen. Ich bitte um eine kurze Diskussion.

Vize-Bgmst. Gerhard Pühringer

In der Klausur wurde vereinbart, dass nur das Ergebnis präsentiert wird. Die Plakate der einzelnen Gruppen sollen nicht besprochen werden. Diese faire Vorgangsweise sollte beibehalten werden.

GR Alois Affenzeller

Ich schließe mich der Meinung des Vize-Bgmst. an.

GV Wolfgang Koller

Wenn es der allgemeine Wunsch ist. Wir müssten jetzt eine Entscheidung auch für jene Teilnehmer treffen, die heute nicht anwesend sind. An und für sich hätte ich nicht das große Problem damit gehabt. Die Gruppensprecher müssten gefragt werden, ob sie die Präsentation der Plakate möchten, da dies nicht so vereinbart war. Dies hätte vorher geregelt werden sollen. Unter diesen Gesichtspunkten schließe ich mich der Meinung von ÖVP und FPÖ-Fraktion an.

GR Harald Zillhammer

Ich war ebenfalls Gruppensprecher und habe kein Problem mit der Präsentation. Ich möchte jedoch nicht zu einem späteren Zeitpunkt damit konfrontiert werden, dass die Details veröffentlicht wurden, obwohl bei der Klausur vereinbart wurde, dass dies unter den Anwesenden bleibt. Es besteht die Problematik, dass nicht alle Teilnehmer heute anwesend sind, und diese nicht übergangen werden sollten.

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Mir ist es ein Anliegen, einem bzw. mehreren Sprechern der Bürgerbewegung das Wort zu erteilen – wenn der Gemeinderat einverstanden ist - da immer wieder der Aspekt „Zusammenarbeit mit der Bürgerbewegung“ gefallen ist. Ich habe den Auftrag, dies zu koordinieren.

Ich werde an Gruppensprecher Peter Gruber in den nächsten Tagen zwecks Terminvereinbarung herantreten.

Laut Gemeindeordnung ist es in einer Gemeinderatssitzung einem Zuhörer nicht gestattet, das Wort ergreifen – mit jener Ausnahme, wenn der Gemeinderat beschließt, dass eine bzw. mehrere Personen zu diesem Tagesordnungspunkt Stellung nehmen können.

Die Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt müssten sich auf zwei beschränken. Wir können uns aber im kleineren Kreis zusammen setzen, darüber diskutieren und erörtern. Ich stelle somit den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, Vertretern der Bürgerbewegung das Wort zu erteilen.

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat beschließt mit Handzeichen einstimmig antrags- und berichtsgemäß Vertretern der Bürgerbewegung das Wort zu erteilen.

Peter Gruber, Sprecher der Bürgerbewegung Rainbach

Es ist ganz schwierig, dazu Stellung zu nehmen, da ich den Maßnahmenkatalog jetzt zum ersten Mal gesehen habe und ich mich noch nicht damit beschäftigen konnte.

Ich sehe es als sehr positiv, dass sich der GR mit dem Thema auseinander gesetzt hat. Wir sollten uns zu einem späteren Zeitpunkt zusammen setzen, wenn eine anschließende Diskussion nicht möglich ist.

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Der Wunsch nach einem Treffen ist aufrecht?

Es soll ein Besprechung zwischen den Fraktionsobmännern und ausgewählten Personen der Bürgerbewegung (max. 5 Personen) stattfinden. Es muss Spielregeln geben und diese müssen eingehalten werden, da ansonsten eine konstruktive Zusammenarbeit nicht möglich ist. Bei der Gemeinderats-Klausur wurde vereinbart, nur das Ergebnis bekannt zu geben.

Peter Gruber

Die Gruppenleiter sollten ebenfalls zum Gespräch eingeladen werden.

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Diese Personen können natürlich eingeladen werden.

Leopold Tröls

Wie weit ist die Westtrasse bereits beschlossen? Wie weit geht dies von Gemeinderat, Bürgermeister, Stadtgemeinde Freistadt und Wirtschaftskammer aus?

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Es ist noch gar nichts beschlossen. Lediglich das Klausurergebnis soll beschlossen werden.

Leopold Tröls

Wie weit stehen Gemeinderat und Bürgermeister hinter der Westtrasse?

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Du hattest die Möglichkeit zu einer Wortmeldung. Nächste Wortmeldung bitte.

Mag. Klaus Reichinger

Es ist sehr enttäuschend für die Bürgerbewegung, dass ihr uns von der Klausur nichts berichtet. Die Bürgerbewegung ist an einer Zusammenarbeit interessiert, diese ist jedoch nur auf Augenhöhe möglich. Wir lassen uns nicht von oben herab die Anzahl der Teilnehmer diktieren, da bei dieser Vorgangsweise eine Zusammenarbeit abgelehnt wird.

Für den Start einer Kommunikation ist es nicht sehr erbaulich, wenn nicht alle Fakten auf den Tisch kommen. Es ist sehr enttäuschend, wenn ihr in der Klausur einstimmig beschlossen habt, uns das Ergebnis vorzuenthalten.

Wir hätten gerne gewusst, wie dieses Ergebnis zu Stande gekommen ist.

Mag. Hubert Zeiml

Die Vorgangsweise ist sehr befremdend. Es geht um eine Entscheidung für die Gemeinde von riesiger Tragweite. Es geht nicht um irgendeine Entscheidung, wie z.B. Beschluss der Kindergartenbrandschutzordnung.

Der Gemeinderat beschließt etwas in einer Klausur und ist sich nicht einmal darüber einig, ob die betroffenen Bürger überhaupt informiert werden sollen.

Bei dem gewünschten Gespräch bekommen wir „gesagt“, zu welchen Bedingungen die Gemeinde mit uns reden will. Ich bin maßlos enttäuscht, da ich mir dies nicht von einer Gemeindevertretung erwarte und mir wie in einer Diktatur vorkomme.

Entweder wird auf Augenhöhe gesprochen und es gibt keine Geheimnisse oder wir lassen es lieber sein.

Bürgermeister Friedrich Stockinger

stellt den **Antrag** auf Umsetzung des vorgetragenen Maßnahmenkataloges.

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat beschließt mit Handzeichen einstimmig antrags- und berichtsgemäß die Umsetzung des nachstehenden Maßnahmenkataloges:

Executive Summary

Thema: Umgang mit der Entscheidung der ASFINAG über die S10 Westtrasse

Ziele: Definition der nächsten Schritte des Gemeinderates um eine aktive Rolle in der Kommunikation und Entscheidung rund um die Trassenführung der S10 zu übernehmen.

Maßnahmenliste:

Tätigkeit	Wer	Mit Wem	Bis Wann
Detaillierte Begründung inkl. Entscheidungsgrundlage der ASFINAG zur Trassenentscheidung einfordern.	Gemeinderat	-	03.04.14
Infos anderer betroffener Gemeinden einholen - Erfahrung mit ASFINAG - Verbesserungsvorschläge - Probleme	Bauausschuss	Arbeitskreis	30.09.14
Veranlassung Datenerhebung Halb- / Vollanschluss	Gemeinde	-	05.04.14
Arbeitskreis gründen (öffentlich ausschreiben)	Bauausschuss	-	31.05.14
Infos von Mag. Grasphon bzgl. Wasserschongebiet einholen, und Springwimmer	Gemeinde	-	05.04.14
Organisation von regelmäßigen Info-Veranstaltungen durch die Gemeinde unter Einbindung ASFINAG und/ oder Land OÖ	Gemeinde	-	ab Bestand Planungsteam, ca. 3xjähr.
Regelmäßig Infos über Planungsfortschritt einholen bei ASFINAG und Land OÖ	Gemeinde	-	2-Wochentl., ab 05.04.14
Organisation einer öffentlichen Info-Veranstaltung mit Wasserfachabteilung Land OÖ - Auswirkung Grundwasser Ost-Mitte-West(tiefer)	Gemeinde	-	30.11.14
ASFINAG zur Übernahme der Kosten für Flurbereinigung auffordern	Arbeitskreis	-	Während der Planung
Stellungnahme Land OÖ fordern bzgl. Trassenführung entlang Bahn	Gemeinde	-	05.04.14
Infoblock auf Homepage erstellen und aktualisieren	Gemeinde	-	15.04.14
Kooperation mit BBfR regeln	Bürgermeister	Funktionsobleute BBfR	30.04.14
ASFINAG zur Übernahme der Kosten für Moderation auffordern	Gemeinde	-	15.04.14

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Ich hoffe, dass wir die Besprechung mit der Bürgerbewegung im kleinen Kreis erreichen können. Es soll niemand ausgeschlossen werden. Das Verhältnis soll ausgewogen sein, damit konstruktive Gespräche geführt werden können.

Wir wollten ursprünglich zur Gemeinderats-Klausur auch die Ersatzmitglieder des Gemeinderates einladen. Uns wurde jedoch davon abgeraten.

Wir haben Dr. Donat und Mag. Pöstinger zu einer Besprechung am Marktgemeindeamt eingeladen. Es soll eine Besprechung zwischen Dr. Donat, Mag. Pöstinger und den Fraktionsobmännern geben.

Dr. Donat hat die Aussage gemacht, dass sie informiert wurden, jedoch in Trassenentscheidungen noch nicht eingebunden wurden.

Er möchte sehr gerne mit uns zusammenarbeiten. Auch Vertreter der Bürgerbewegung sollten an der Besprechung teilnehmen.

Wir haben ihn konkret darauf angesprochen, ob es noch Chancen gibt, eine Osttrasse zu erreichen. Er hat uns zur Antwort gegeben, dass er dies als nicht sinnvoll erachtet. Sie haben Andeutungen gemacht, dass sie die Trasse Mitte bevorzugen würden, glauben jedoch persönlich, dass die Westtrasse errichtet werden soll. Seiner Meinung nach bestehen bei der Westtrasse sehr viele Hemmnisse. Er ist jedoch damit beauftragt, die Natur zu schützen.

Wir sollen nicht die Erwartungshaltung haben, dass er alles für uns erledigen kann. Es kann durchaus zu Konfliktsituationen kommen.

Herr Ing. Lechner hat mir bei einem Telefonat mitgeteilt, dass die Stellungnahmen ausgearbeitet wurden. Mitte April wird jeder, der eine Stellungnahme abgegeben hat, eine persönliche Antwort erhalten.

Die gesammelten Stellungnahmen und Antworten kommen zum Marktgemeindevorstand.

Lediglich die Gemeinderäte können in die Stellungnahme Einsicht nehmen, jedoch keine Kopien anfertigen. Der Datenschutz muss gewährleistet werden und die Informationen dürfen nicht nach außen gelangen.

Punkt 294) Allfälliges

Bürgermeister Friedrich Stockinger

lädt alle recht herzlich zur morgigen Jahreshauptversammlung des Verschönerungsvereines ein. Ein Obmannwechsel wird stattfinden.

Ich möchte sehr herzlich dem scheidenden Obmann für seinen großartigen Einsatz danken, z.B. Plakatierungsverordnung, Wanderwege usw.

Johann Rudlstorfer, Obmann Verschönerungsverein

Ich bin nicht für einen Abriss des Traxler-Hauses bereits im heurigen Jahr, da in diesem Fall für eine sehr lange Zeit eine Lücke am Marktplatz entsteht.

Bürgermeister Friedrich Stockinger

berichtet weiters über folgende Punkte:

- Hochwasserschutz Kerschbaum – im nächsten GR soll Finanzierungsplan beschlossen werden
- Bushaltestelle Kerschbaum – Realisierung über den Sommer 2014
- Volksschulsanierung – momentan finden sehr schwierige Verhandlungen mit Land LÖ statt – Ausschreibungen sollen bereits jetzt stattfinden, da Baubeginn im Sommer sein soll
- Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED
- Greul Dietmar wurde wieder in seine Funktion im Tourismusverband gewählt (Stimmgruppe 2)

GV Walter Pilgerstorfer

Die Klausur war sehr konstruktiv, es wurde sachlich und eingehend mit den Themen umgegangen. Unsere Meinung ist, dass die Klausur vielleicht etwas zu spät ist. Wir wissen nicht, ob wir vor 1 Jahr etwas anderes hätten erreichen können.

Auch wir sind bemüht, auf Augenhöhe zu sprechen. Bei jeder Klausur wird vereinbart, dass nur das Ergebnis, jedoch nicht die einzelnen Informationen an die Öffentlichkeit gelangen sollen.

Wenn das Ergebnis für manche zu wenig ist, kann dies nicht geändert werden. Wir haben uns auf jeden Fall bemüht.

Auch wir wünschen uns Gespräche auf Augenhöhe und Respekt, auch wenn man in der Sache bzw. Thematik verschiedener Meinung ist. Der Angriff sollte nicht persönlich werden.

Gruber Peter

fragt an, wer persönlich angegriffen wurde?

GV Walter Pilgerstorfer

Uns ist zu Ohren gekommen, dass uns vorgeworfen wird, dass bei der Klausur nur Narren beisammen waren. Ich bin mir nicht sicher, ob es sich nur um Gerüchte handelt, da die Informationsquelle eine verlässliche ist.

Es würde zur Augenhöhe beitragen, wenn sachlich diskutiert wird.

Martina Röbl

Es gibt auch sehr viel Gerede über die Bürgerbewegung und wir können auch nicht jedes Gerücht ernst nehmen.

GV Walter Pilgerstorfer

Diese Gerüchte gehen nicht vom Gemeinderat aus.

Martina Röbl

Das können wir in diesem Fall auch sagen.

Katharina Tröbinger

wünscht sich Kooperation mit der Bürgerbewegung und nicht, wie im Maßnahmenkatalog enthalten ist „Kooperation mit Bürgerbewegung regeln“. Dies hat einen negativen Touch. Uns fehlen die Hintergrundinformationen.

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Es gab bei der Klausur die Kritik, dass es nicht förderlich ist, wenn Ulrike Schwarz von der Bürgerbewegung nach Rainbach geholt wird und die Gemeinde davon nicht Bescheid – und auch umgekehrt, wenn Dr. Donat nach Rainbach kommt und die Bürgerbewegung nicht Bescheid weiß.

Wir sollten in Zukunft darüber informieren, welche Aktivitäten gesetzt werden sollen und ob diese gemeinsam stattfinden sollen.

Wir haben den Auftrag mit der Bürgerbewegung zu sprechen und sollen auf Augenhöhe sprechen. Die Spielregeln sollten gemeinsam vereinbart werden.

Katharina Tröbinger

Es ist sehr gefährlich, wenn nur Bruchteile an Informationen weiter gegeben werden.

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Darum ist die Kooperation mit der Bürgerbewegung sehr wichtig und uns ein großes Anliegen.

GV Mag. Gottfried Blumauer

Es handelt sich um das Ergebnis und die Maßnahmen. Im Hintergrund ist nichts anderes passiert.

Peter Gruber

Wurde der Vollanschluss in der Klausur erarbeitet?

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Es sollen Analysen über Verkehrsströme bei einem Vollanschluss eingeholt werden. Wie sich die Verkehrsströme auf die Summerauer Straße, Kranklau und die Ortschaften auswirken würde.

Peter Gruber

Ist dieser Vorschlag aus der Gruppe oder von außen gekommen?

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Dieser Vorschlag kam aus der Gruppe. Die ÖVP und auch ich vertreten die Meinung, dass ein Vollanschluss geplant werden soll, falls es zu einem Anschluss kommt.

Können wir einen Termin für eine Besprechung im kleineren Kreis vereinbaren?

Peter Gruber

hat den Terminkalender nicht bei der Hand.

GRE Greul Dietmar

Mein Wunsch ist, dass die Gemeinde hinter der Bürgerbewegung steht und nicht umgekehrt.

Günter Lorenz

Wie weit ist es datenschutzrechtlich möglich, eine Sitzung aufzuzeichnen?

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Bei der Gemeinderatssitzung sind Aufnahmen möglich, außer bei geheimen Abstimmungen.

Peter Gruber

Fällt es wirklich unter Datenschutz, wenn die Antworten der ASFINAG an jene Personen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, weiter gegeben werden?

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Bitte befragt euch bei der Bezirkshauptmannschaft bzw. beim Land O.Ö. Ich glaube, wir hätten die Personen vorher aufklären müssen. Der Datenschutz ist sehr problematisch. Wenn ihr in Erfahrung bringt, dass die Weitergabe datenschutzrechtlich möglich ist, können wir dies natürlich machen.

GR Alois Affenzeller

Der Datenschutz geht bereits so weit, dass ein Geburtstagsjubililar seine Zustimmung geben muss, wenn sein Jubiläum in einer Zeitung veröffentlicht werden soll.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen.

Er bedankt für die Mit- und Zusammenarbeit und schließt die Sitzung um 21.55 Uhr.

Rainbach i.M., 03.04.2014

- Die Verhandlungsschrift liegt zur Einsicht für die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Gemeinderates auf.
- Die Verhandlungsschrift wird jeder im Gemeinderat vertretenen Fraktion mit dem Hinweis, dass es sich nicht um die genehmigte Fassung der Verhandlungsschrift handelt, übermittelt.
- Den Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Gemeinderates, die an der Sitzung teilgenommen haben, steht es frei, gegen den Inhalt der Verhandlungsschrift mündlich oder schriftlich spätestens in der Sitzung des Gemeinderats, in der die Verhandlungsschrift letztmalig aufliegt, Einwendungen zu erheben.
- Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung am _____ keine Einwendungen erhoben wurden.

Vorsitzender

- Mit der Beisetzung des Vermerks bzw. mit dem Beschluss über die Einwendungen gilt die Verhandlungsschrift als genehmigt.
- Anschließend ist die Verhandlungsschrift von dem oder der Vorsitzenden und je einem Mitglied der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen zu unterfertigen, womit das ordnungsgemäße Zustandekommen der Verhandlungsschrift bestätigt wird.

.....
Schriftführer

.....
Bürgermeister

.....
Gemeinderat

.....
Gemeinderat

.....
Gemeinderat